





GR. Pfeiffer (E.L.) erörtert in längeren Ausführungen die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Sportbeirates der Gemeinde Wien. Er erklärt, dass dieser unter der Leitung des StR. Richter eine Farce aller ersten Ranges war. Der seinerzeitige Sportbeirat löste sich dann allmählich auf, nun kam ein neuer und der steht unter der Leitung des Professor Tandler. Die Hoffnung, dass der Sportbeirat jetzt unter der Leitung Tandler's ein wirklicher Sportbeirat sein würde, wurde aber auch nicht erfüllt. Die Arbeiten des Sportbeirates werden parteimässig durchgeführt, wie auch die Zahl der Vertreter der einzelnen Sportverbände parteimässig festgesetzt wurde. Von den zehn Beiratsstellen gehör an nicht weniger als sechs dem Askö, zwei dem Hauptverband für Körpersport, eine Beiratsstelle dem deutschen Turnersport und eine der christlich-deutschen Turnerschaft. Auf meine Anfrage, warum bei der Besetzung des Beirates der Askö so bevorzugt wurde, wurde mit erklärt, dass die Bevorzugung deshalb erfolgte, weil der Askö die Körperertüchtigung auf breitesten Boden betreibt, während der Hauptverband für Körpersport nur auf Spitzenleistungen hinarbeitet. Das ist nun nicht wahr. Wenn Spitzenleistungen nur irgendwie berechtigt sind, so sind sie beim Sport berechtigt. Nur, wo die Körperertüchtigung auf breiter Basis durchgeführt wird, sind Spitzenleistungen möglich. Es ist nicht wahr, dass der Askö nicht auf Spitzenleistungen hinarbeitet. Beim Arbeitersportfest in Prag wurden z.B. ein Stabhochsprung von 3 m 40 und ein Hochsprung von 1 m 70 erreicht. Ein Wiener Arbeiterschwimmerschwamm im Bruststil 100 m in einer Minute 25 Sekunden. Das sind ebenfalls Spitzenleistungen, die nur durch ein spezifisches Training erreicht werden. Eine Unterscheidung zwischen dem Askö und den Bürgerlichen Sportvereinen ist nur in der Besteuerung zu finden. Der Hauptverband, der eine Subvention von 7000 Schilling erhalten hat, hat bei einem einzigen Länderkampf 20.000 Schilling als Steuern abgeführt. Es ist eine bedauerliche Erscheinung, dass die Sozialdemokraten in die Bewegung der körperlichen Erziehung einen Keil hineingetrieben haben. Der Grund für die Schaffung sozialdemokratischer Sportorganisationen ist die Erfassung der Jugend für die sozialdemokratische Partei. In 30jähriger Tätigkeit haben wir den Körpersport in Oesterreich aufgebaut. Aber nicht wir sitzen im Beirat, sondern es sitzen die Nutzniesser, die nach uns gekommen sind. Wir sind freiheitlicher als sie. Wir fragen nicht nach der politischen Gesinnung, weil die körperliche Erziehung Sache des ganzen Volkes sein muss. Solange Sie das nicht machen, haben Sie nicht das Recht, sich eine demokratische Partei zu nennen. (Beifall bei der Minderheit).

Auf die Ausführungen des GR. Pfeiffer antwortet Stadtrat Professor Dr. Tandler, der erklärt, dass schon lange bevor die Arbeiterbewegung die heutigen Dimensionen angenommen hatte, die verschiedenen Turnvereine separatistische Methoden übten. Er weist auch darauf hin, dass vor Jahren verschiedene Turnvereine aus Wiener Turnsälen hinausgeworfen wurden, weil sie eben nicht der Gesinnung der damals herrschenden Partei waren. Es ist auch nicht richtig, dass die Sportbewegung erst mit dem Entstehen der Arbeiterbewegung politisiert wurde. Ebenso ist auch nicht richtig, dass alle Dinge auf der bürgerlichen Seite unpolitischer Natur sind. Sie haben ebenfalls die Körperertüchtigung unter eine bestimmte politische Intention gestellt. Dieses Verfahren haben wir nun in der letzten Zeit mit mehr Erfolg durchgeführt, als Sie die ganzen Jahre hindurch. Auf die Ausführungen des Vorredners über den Sportbeirat zurückkommend, erklärt Professor Tandler, dass es im Sportbeirat keine Majorisierung und auch keine Abstimmung gäbe. Selbstverständlich aber ist, dass die Gemeindeverwaltung im Interesse der Wahrung der Verantwortlichkeit Wert auf eine Mehrheit lä-

ge. Die bürgerlichen Sportsleute sind keine Einheit, sie müssen daher getrennt entsprechend vertreten sein. Ich halte es daher für richtig, dass im Sportbeirat eine jede Richtung zum Wort kommt. Daher sitzen auch im Sportbeirat vier Vertreter des bürgerlichen Sports. Bezüglich der Subventionen erklärt Stadtrat Professor Dr. Tandler, dass die verschiedenen Verbände auch vom Bund subventioniert werden. Während aber die Subventionierung durch die Gemeinde in aller Öffentlichkeit vor sich gehe, ist das beim Bund ein Geheimnis. Der Bund soll endlich einmal publizieren, was er den einzelnen Vereinen gibt. Richtig ist, dass wir von allen öffentlichen Veranstaltungen eine Steuer nehmen. Der Bund aber hat vom Arbeiterschwimmerverband allein 70 Millionen als Körperschaftssteuer bekommen. Wenn der Bund diese Steuer abschafft, dann werden wir weiter reden. Wir bemühen uns nach Möglichkeit, alle zu fördern, wir müssen uns aber ein bestimmtes Recht der Verantwortung vorbehalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

In einer kurzen Erwiderung, stellt GR. Pfeiffer fest, dass der Hauptverband für Körpersport seit 18 Jahren bestehe, aber niemals eine politische Orientierung hatte. Bezüglich der Körperschaftssteuer erklärt der Redner, dass die Körperschaftssteuer ein schwerer Missgriff sei. Die sogenannten Vorschriften darüber sind ins Blitzblaue gegangen. Für die Regierung kann der Redner aber nicht verantwortlich gemacht werden.

In seinem Schlusswort erklärt GR. Schafranek, dass die Dringlichkeit durch die Notwendigkeit der raschen Durchführung der Renovierungsarbeiten gegeben war. Bezüglich der Ablehnung des Ansehens der katholischen Jugend erklärt er, dass das Ansuchen erst im Ausschuss wird behandelt werden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen und der Zusatzantrag des Gemeinderates Dr. Wagner abgelehnt.

Ohne Debatte wird hierauf der Antrag des GR. Schneider die Stadiongasse zwischen der Reichsratsstrasse und der Landesgerichtsstrasse statt zu asphaltieren, mit Holzpflasterung zu versehen, angenommen. Die Kosten betragen 110.000 Schilling.

Ebenfalls ohne Debatte wird der Antrag des Gemeinderates Schafranek, die wirtschaftlich-kulturelle Gesellschaft zur Festigung internationaler Beziehungen mit 600 Schilling zu subventionieren, angenommen.

Gemeinderat Schafranek beantragt, den Verein zur Errichtung und Erhaltung der ersten Wiener Suppen- und Teeanstalt (Zentralverein für Volksernährung) mit 3000 Schilling zu subventionieren.

Dazu erklärt Gemeinderat Stöger (E.L.), dass der Betrag viel zu gering sei. Er beantragt eine weitere Subvention für das Jahr 1927 mit ebenfalls 3000 Schilling.

GR. Schafranek erwidert, dass der Verein mit der Subvention heuer sein Auslangen findet und das nächste Jahr wieder einreichen wird. Die Subvention wird bewilligt und der Antrag Stöger der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

GR. Schafranek beantragt die Gewährung einer Subvention von fünftausend Schilling für den Verein Settlement. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

GR. Fiser berichtet über die Reinigung der Colonia-Kübel die nur in den Sommermonaten erfolgen könne. Es handelt sich um 35.000 Stück. Früher wurde die Reinigung und Reparatur in eigener Regie durchgeführt, heuer soll sie einer Firma übertragen werden.



Dritter Bogen.

GR. Stöger (E.L.) protestiert gegen die durch nichts begründete Zurücksetzung des Bezirkes Wieden. Noch immer, sagt Redner, ist dort die neue Kehrichtabfuhr nicht eingeführt und erfolgt noch heute wie vor einem Vierteljahrhundert. Bei der Aufbringung der Steuern steht die Wieden an erster Stelle. Sie werde aber ständig vernachlässigt. Dies war bei dem Schulskandal in der Wälgasse der Fall, es ist heute noch bei der elektrischen Strassenbeleuchtung und der elenden Strassenpflasterung festzustellen. Hier soll man für die Reparatur von Colonia-Gefässen stimmen, während auf der Wieden noch der alte Mistbauer fährt. Die Vernachlässigung der Wieden kommt auch einer Sabotage der Fremdenverwerbung gleich. Freilich ist die Einführung des Colonia-Systems ein schwerer und kostspieliger Fehler der heutigen Gemeindeverwaltung. Sie hat seit 1923 mehr als 106 Milliarden für das Colonia-System geopfert, ohne den erwünschten sanitären Erfolg zu erzielen. Die Bewohner der hoffseitig gelegenen Wohnungen sind heute schlechter daran als früher, weil sie den Staub aus den Colonia-Kübeln, die dort angebracht sind, in ihre Wohnungen bekommen. Redner beantragt, dass zum Zwecke der Verbesserung der Kehrichtabfuhr eine aus Mitgliedern des Gemeinderates zu bestehende Kommission einzusetzen sei, der auch ein Vertreter der Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage und andere Fachleute angehören sollen.

GR. Schelz (E.L.) führt eine Reihe von Mängeln des Colonia-Systems an. Die Gefässe stehen oft bis zu drei Stunden auf dem Gehsteig und es kommen die Kokostierer und öffnen den Deckel, um nach brauchbaren Sachen zu suchen. Dann lassen sie den Deckel offen und der Staub belästigt die Menschen. Oft können die Gefässe nur schwer in den Wagen entleert werden, so dass die Arbeiter mit Stangen nachhelfen müssen. Am Hannover-Markt wurden 64 Kübel aufgestellt, doch werde der Mist vielfach neben die Kübel geleert und bleibt dort tagelang zur Qual der Leute liegen. Das System weist viele Mängel auf und es wäre zu wünschen, dass Abhilfe geschaffen wird.

GR. Iser entgegnet, dass auch in Favoriten und in Simmering das Colonia-System noch nicht eingeführt wurde, so dass gewisse nicht von einer schlechten Behandlung der Wieden gesprochen werden könne. Die Ursache liegt in der schwierigen Frage der Schaffung von neuen Müllablagelplätzen. Es ergebe sich grosse Grundschwierigkeiten, anderen Lösung aber intensiv gearbeitet werde. Es sei mit Sicherheit anzunehmen, dass noch im Laufe dieses Jahres die drei Bezirke in die moderne Kehrichtabfuhr einbezogen werden. Gewiss weist auch dieses System einige Mängel auf, an denen aber nicht die Gemeindeverwaltung, sondern meist die Parteien schuld sind. Die ständige Aufklärung der Bevölkerung habe schon viel zur klaglosen Funktion des Colonia-Systems beigetragen und es sei zu hoffen, dass die heute noch bestehenden Uebelstände in absehbarer Zeit gänzlich verschwinden.

Der Referentenantrag wird angenommen und der Antrag des GR. Stöger der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

GR. Iser berichtet über die Errichtung von zwei Müllablagelplätzen auf dem Bruckhaufen und in der Laxenburgerstrasse.

GR. Schinner (E.L.) wünscht, dass diese Plätze weiter hinaus in freies Gelände verlegt werden. Im Marchfeld gäbe es Gründe genug. Die Entfernung könne heute wohl kein Hindernis bilden, weil ja alles mobilisiert ist. Vielfach wird noch geklagt, dass in den Häusern zu wenig Coloniakübel aufgestellt werden.

GR. Iser erwidert, dass die Frage der Errichtung geeigneter Kehrichtablagelplätze sehr schwer zu lösen sei, es werde aber alles versucht, um eine Belästigung der Bevölkerung zu vermeiden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Iser berichtet über Ausgestaltungsarbeiten im städtischen Strandbad Gänsehäufel. Der Kostenaufwand beträgt 94.000 Schilling.

GR. Altmayer (E.L.) erklärt, dass das Gänsehäufel in den letzten Jahren sehr vernachlässigt worden ist. Es wäre besser gewesen, wenn die Gemeinde einen Teil der Gelder, die für das Amalienbad verwendet wurden, zur Ausgestaltung des Gänsehäufel gegeben hätte. Die Gemeinde behandle die Pächter im Gänsehäufel herzlos; sie müssen zugrunde gehen, weil sie den enormen Pachtzins nicht aufbringen.

GR. Iser meint, dass die Gemeinde nicht nur das Gänsehäufel, sondern alle städtischen Bäder in den letzten Jahren stark vergrössert und ausgestaltet hat, was allein schon die hohen Besucherzahlen beweisen. Die Pachtsummen für die Geschäftsleute in den Bädern sind keineswegs zu hoch; in den Sommerbädern hängt natürlich das Geschäft stark vom Wetter ab.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Iser berichtet über die Schaffung eines Kinderfreibades im Augarten. Der Bericht wird ohne Debatte genehmigt.

GR. Lötsch beantragt den Ankauf einer Liegenschaft auf der Landstrasse, Baumgasse 33. Es handelt sich um ein demolierungsreiches Gebäude anschliessend an die städtische Wohnhausanlage auf den Gründen der Krasskykaserno.

GR. Binder (E.L.) wünscht, dass der in diesem Hause sein Gewerbe übende Gastwirt nicht geschädigt werde. Der Mann übt dort schon Jahrzehnte lang sein Geschäft aus, weist bis heutenicht, was mit ihm geschehen wird, und es wäre nur gerecht, wenn man dem Manne seine Existenz sichere.

GR. Lötsch sagt die Unterbringung dieses Gastwirtes zu, worauf der Antrag angenommen wird.

GR. Lötsch berichtet über den Ankauf des Hotels zur Stadt Prag in der Radetzkystrasse. Das Haus wird für Hausgehilfinnen verwendet.

GR. Untermüller (E.L.) ersucht um Aufklärung, wann der Bürgermeister diesen Ankauf auf Grund des § 96 der Gemeindeverfassung genehmigt hat und ob wirklich die Angelegenheit so dringlich war.

GR. Lötsch antwortet, dass der Bürgermeister am 18. April die Zustimmung zum Ankauf gegeben hat. Der Ankauf musste rasch erfolgen, weil der Eigentümer nur bis zu dieser Zeit mit seinem Anbot im Wort blieb.

Der Antrag wird angenommen.

Ohne Debatte wird sodann der Antrag des Gemeinderates Lötsch bezüglich eines Grundankaufes in der Heinrich Kolinstrasse und ein weiterer Antrag bezüglich des Ankaufes der Gaswerkgründe in Ober-Döbling angenommen.

GR. Dr. Neubauer beantragt die Subventionierung der akademisch-sozialen Arbeitsgemeinschaft Wien mit 1000 Schilling.

Die Arbeitsgemeinschaft wird auf einer übernationalen, interkonfessionellen und unpolitischen Grundlage geführt. Sie benötigt die Subvention zur Führung des Ambulatoriums für geschlechtskranke Studenten, wofür das Bundesministerium für soziale Verwaltung ebenfalls schon eine Subvention von 1500 Schilling gegeben hat.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.



Gleichfalls ohne Debatte werden die Anträge des Gemeinderates Schütz bezüglich Festsetzungen von Parkschutzgebieten und bezüglich der Baubewilligung für die baulichen Herstellungen im Kraftwerk Simmering, sowie bezüglich des Bauvorhabens zur Erbauung einer Wohnhausanlage in der Ybsstrasse angenommen.

Gemeinderat Schütz referiert weiters über Baubewilligungen und Abänderungen von Bauvorhaben.

Dazu erklärt Gemeinderat Binder (E.L.), dass bei Errichtung von Wohnanlagen auch die Wünsche der Anrainer berücksichtigt werden sollen.

Der Antrag wird angenommen.

Stadtrat Richter beantragt sodann die Festsetzung der Gebühren für die Beistellung der Feuerwache. In Theatern, Singspielhallen, Konzerten und in der Urania beträgt die Gebühr die Vorstellung 8,5 Schilling; bei der Wiener Messe und bei Ausstellungen für eine zwölfstündige Schicht 21 Schilling und schliesslich bei Feuerwerken für den Schmeisser oder Mann 12,5 Schilling. Die Gebühren treten ab 16. April in Kraft.

Gemeinderat Doppler (E.L.) erklärt, dass es unverständlich sei, warum die Vorlage so spät den Gemeinderat beschäftige.

Stadtrat Richter erklärt, dass die Vorlage rückwirkend mit 1. März in Kraft tritt und schon rechtzeitig vom Stadtsenat genehmigt worden ist.

Stadtrat Richter beantragt die Gewährung eines Zuschusskredites von 25.000 Schilling zur Post Stempel und Gebühren. Der Zuschusskredit musste wegen der Prozessgebühren in der bekannten Angelegenheit der Pernhofer Schweinemastanstalt angesprochen werden.

GR. Haider (E.L.) meint, dass nicht ein Prozess, sondern viele Prozesse diesen Zuschusskredit herbeiführten. Die Post Stempel und Gebühren wurde heuer von 3000 auf 8000 Schilling erhöht. Die Gemeinde habe sich in der letzten Zeit zu einem förmlichen Prozesshansel entwickelt. Mit allen städtischen Arbeitern werden Prozesse geführt, wenn es sich um die primitivsten Rechte handelt.

Stadtrat Richter erwidert, dass es sehr verwunderlich sei, wenn die Minderheit zu dieser Post spreche. Sie hätte gar keine Ursache dazu, weil es sich hier um die Liquidierung der christlichsozialen Verwaltungskunst handle. Der Zuschusskredit hat gar nichts mit Prozessen gegen Arbeiter zu tun, sondern ist die Folge eines Geschäftes, der früheren Verwaltung, ähnlich wie die Sauerkrautgeschichte. Wenn die Post im Voranschlag auf 8000 Schilling erhöht wurde, so hängt dies mit der von der Regierung verfügten Verteuerung der Stempelgebühren zusammen. Es handelt sich nur um einen Prozess, eben jener gegen die Pernhofer Schweinemastanstalt, der der Gemeinde 25.303,19 Schilling kostet.

GR. Konschak (E.L.) ruft: Aus diesen Gemeinderäten glauben Ihnen das nicht einmal mehr die Leute, die in Kierling untergebracht sind. Der Antrag wird angenommen.

Der Vorsitzende, Gemeinderat Linder, teilt nun mit, dass sechs Geschäftsstücke ohne Referat genehmigt sind, weil keine Wortmeldungen vorliegen.

Stadtrat Siegel ersucht um Genehmigung des Entwurfes für den Wohnhausbau in der Harkortstrasse. Die Kosten betragen 250.000 Schilling. Der Antrag selbst ist schon längst überholt, da der Bau schon ziemlich weit vorgeschritten ist.

Gemeinderat Körber (E.L.) erklärt, dass die Ausführung der Gemeinde eine sehr schlechte sei. Kaum war der Lassallehof fertig, entstanden schon schwere Schäden an der Fassade. Im Wachauerhof ist in einer Wohnung Rauchgas ausgeströmt, weil der Rauchzug schlecht geführt wurde. Das sei alles auf die schlechte Ausführung zurückzuführen.

Gemeinderat Angermayer (E.L.) richtet an den Referenten die Anfrage, ob ihm nicht bekannt sei, dass die Arbeiter-Zeitung den Parteien ihres Hauses zu verstehen gegeben haben soll, dass sie ihre Wohnungen räumen müssen, sie aber dafür Wohnungen in städtische Neubauten zugewiesen erhalten werden. Diese Kündigungen seien ein Verstoß gegen das Gesetz. Auch dürfen Steuergelder nicht indirekt dazu verwendet werden, um der Arbeiter-Zeitung neue Räume zu verschaffen. Es werden Milliarden für Wohnbauten ausgegeben, um den Obdachlosen zu Wohnungen zu verschaffen. So aber wird die Wohnungsnot nicht bekämpft werden.

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Siegel, dass ihm von der Angelegenheit der ARBEITER-Zeitung nichts bekannt sei, worauf der Antrag angenommen wird.

Stadtrat Siegel beantragt die Erhöhung des Sachkredites für den Bau einer Anlage zur Absenkung des Hochwasserstandes in der Alten Donau von 40.000 Schilling auf 50.250 Schilling.

GR. Körbler (E.L.) wünscht, dass endlich die Mistablagungsstätte am Bruckhaufen wegkommt. Dort ist auch immer noch die Gefahr vorhanden, dass das Hochwasser über den Damm geht. Es müsste daher ein ordentlicher Hochwasserschutz erfolgen.

Stadtrat Siegel entgegnet, dass der Hochwasserschutz nicht in die Kompetenz der Gemeinde falle, worauf die Vorlage angenommen wird.

Stadtrat Siegel beantragt die Errichtung einer Parkanlage an Stelle des aufgelassenen Döbblinger Friedhofes.

GR. Dr. Hengl (E.L.) begrüsst die neue Gartenanlage, weil dort in der Nähe keine Erholungsstätte für die Bevölkerung sind befindet. Er macht aber darauf aufmerksam, dass die Beschwerden darüber überhand nehmen, dass Parteien ihre Grabsteine und Grabkreuze nicht erhalten und sogar Prozesse geführt werden mussten.

Die Vorlage wird angenommen.

Stadtrat Siegel berichtet über die Erdarbeiten, die notwendig sind, um am Kongressplatz in Ottakring das Freiluftbad und die Sportanlage zu errichten. Die Arbeit war dringend, weshalb der Bürgermeister auf Grund des § 96 der Gemeindeverfassung den notwendigen Kredit von 200.000 Schilling bewilligt hat.

Gemeinderat Höppeller (E.L.) bemängelt, dass ein so grosser Betrag vom Bürgermeister genehmigt wurde, ohne dem Gemeinderat rechtzeitig zu befragen. Wenn die Mehrheit sich sagt, Redner, wie Mameluken behandeln lasse, so mag das Ihre Sache sein, die Minderheit lasse sich das nicht gefallen. Die ganze Gegenseite sei dort von der früheren Gemeindeverwaltung für einen Heldenhain bestimmt gewesen; die gegenwärtige Verwaltung habe aber eine ganze Stadt dort errichtet, die das Landschaftsbild stört. Man hat auch die unablässigen Erweiterungen der Maschinenfabrik Warchalowsky zugelassen, wodurch zwei schöne Schulen durch den Lärm im Unterrichtsbetrieb gestört werden. Die frühere Verwaltung wollte auch in der Galizinstrasse eine grosse Parkanlage schaffen; heute hört man davon nichts mehr.

Stadtrat Siegel erwidert, dass der Heldenhain dort errichtet werden sollte, wo heute die grosse Park- und Sportanlage hin kommt und nicht dort, wo die Wohnhausanlage erbaut wurde. Die Erweiterung der Fabrikanlagen sei eine Kriegssünde, insbesondere hat sich Vizebürgermeister Hierhammer, der in gewissen Beziehungen zu dieser Firma stand, sehr dafür eingesetzt. Die gegenwärtige Gemeindeverwaltung musste diese Sünde fortsetzen, weil es sich um eine Aktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehandelt hat.

Der Antrag wird angenommen und die Sitzung nach 10 Uhr nachts geschlossen.